



Beschlüsse

**des Landesparteitags
der SPD Baden-Württemberg
am 15. November 2025
in Ulm**

Berichterstatter:innen

Antragsbereich	Berichterstatter:innen
Arbeit & Soziales	Miriam Koch Leon Hahn
Wohnen & Bauen	Bettina Ahrens-Diez Assad Hussain
Bildung	Viviane Sigg Tim Strobel
Gesundheit & Pflege	Daniela Harsch Florian Wahl
Migration & Integration	Farah Maktoul Kevin Leiser
Innen und Recht	Judith Marvi Assad Hussain
Wirtschaft	Miriam Koch Leon Hahn
Umwelt & Verkehr	Philippa Stolle Leon Köpfle
Außen- und Sicherheitspolitik	Bettina Ahrens-Diez Jan Hambach
Partei und Organisation	René Repasi
Initiativanträge	René Repasi Daniela Harsch

Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez	Stephanie Bernickel	Lars Castellucci
Leon Hahn	Jan Hambach	Daniela Harsch
Simone Höllmüller	Assad Hussain	Ademir Karamemedovic
Wolfgang Katzmarek	Miriam Koch	Birte Könnecke
Leon Köpfle	Kevin Leiser	Farah Maktoul
Judith Marvi	Katja Mast	René Repasi
Lina Seitzl	Viviane Sigg	Katharina Spohrer
Philippa Stolle	Tim Strobel	An Tang Huynh Trong An
Florian Wahl	Pascal Wasow	Jonas Weber
Boris Weirauch	Annalena Wirth	Annkathrin Wulff

René Repasi	Vorsitzender
Daniela Harsch	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

- (1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.
- (2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.
- (3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

- (1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.
- (2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.
- (3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

- (4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.
- (5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.
- (6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist
- (7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

- (1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.
- (2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

- (1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.
- (2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.
- (3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

- (1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.
- (2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Inhaltsverzeichnis

A - Arbeit & Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AS-04	Solidarisierung mit Streikenden und Gewerkschaften SPD-Kreisverband Karlsruhe-Stadt <i>angenommen</i>	10
AS-06	Altersarmut bei alleinstehenden Frauen AG 60plus Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	11

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B-04	Anrechnung hochschulpolitischen Engagements im Landeshochschulgesetz SPD-Kreisverband Schwarzwald-Baar <i>angenommen</i>	12
B-09	Zukunft der frühkindlichen Bildung und Betreuung sichern – Qualität, Verlässlichkeit und Fairness für alle Beteiligten SPD-Kreisverband Ludwigsburg <i>angenommen</i>	13

G - Gesundheit & Pflege

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G-01	DER ÖFFENTLICHE GESUNDHEITSDIENST - PERSPEKTIVEN FÜR EINE ERFOLGREICHE ZUKUNFT IN BADEN-WÜRTTEMBERG ASG Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	15
G-04	Einsamkeit bekämpfen – Begegnung fördern, Zusammenhalt stärken SPD-Kreisverband Schwarzwald-Baar <i>angenommen</i>	18

MI - Migration & Integration

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
MI-01	#DankeMAMA Eine für alle - migrantische Mütter verstehen, schützen und unterstützen AG Migration und Vielfalt Baden-Württemberg <i>Sonstiges Annahme Z. 1-81 und Z. 113-177; Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion Z. 85-112</i>	19

IR - Innen & Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
IR-07	Schluss mit systematischer Steuerhinterziehung SPD-Kreisverband Rottweil <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	22

WI - Wirtschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
WI-03	Fair(e) Steuern: gerecht verteilen – Zukunft sichern AfA Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	23

UV - Umwelt & Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
UV-01	„Soziale Klimagerechtigkeit sichern – Energiewende fair gestalten“ SPD-Kreisverband Ortenau <i>angenommen</i>	24

PO - Partei & Organisation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
PO-02	Barrierefreiheit in den Räumen und Veranstaltungen der SPD AG Selbst Aktiv Baden-Württemberg <i>Sonstiges Nr. 1 - Annahme; Nr. 2 - Überweisung an den SPD-Landesvorstand</i>	25
PO-03	Offizielle Texte in Einfacher Sprache AG Selbst Aktiv Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	26

INI - Initiativanträge & Resolutionen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
INI-01	Mit Sicherheit für bunte Innenstädte AG Migration und Vielfalt Baden-Württemberg, SPDqueer Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	27

Antrag AS-04: Solidarisierung mit Streikenden und Gewerkschaften

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Karlsruhe-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeit & Soziales

- 1 Wir fordern die uneingeschränkte und öffentliche Solidarisierung mit der
- 2 Sozialpartnerschaft, Gewerkschaften, und dem Streikrecht.
- 3 Unabhängig von der Branche, der Mitgliedschaft in einem Dachverband, der Härte von
- 4 Tarifkonflikten muss die SPD an der Seite der Streikenden stehen.
- 5 Jegliche Einschränkungen des Streikrechts lehnen wir ab!

Antrag AS-06: Altersarmut bei alleinstehenden Frauen

Antragsteller*in:	AG 60plus Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeit & Soziales

- 1 Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, wird aufgefordert, im Armuts- und
- 2 Reichtumsbericht Daten zu veröffentlichen, die das Armutsrisiko für die Kombination
- 3 Alter, Geschlecht und Alleinleben darstellen.

Antrag B-04: Anrechnung hochschulpolitischen Engagements im Landeshochschulgesetz

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Schwarzwald-Baar
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass das Landeshochschulgesetz
- 2 dahingehend geändert wird, dass Studierende für ihr hochschulpolitisches Engagement
- 3 in Gremien und Organen der studentischen Selbstverwaltung (z. B. AStA, Fachschaften,
- 4 Studierendenrat, Senat, Kommissionen) Leistungspunkte (ECTS) erhalten können. Dabei
- 5 soll eine Anerkennung von bis zu 6 ECTS möglich sein, die auf das Studium angerechnet
- 6 werden können.

Antrag B-09: Zukunft der frühkindlichen Bildung und Betreuung sichern – Qualität, Verlässlichkeit und Fairness für alle Beteiligten

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Ludwigsburg
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung

1 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, den **Rechtsanspruch auf frühkindliche**
2 **Bildung und Betreuung** nicht nur formal, sondern auch real umzusetzen. Unser Ziel ist
3 eine hochwertige, gerechte und verlässliche frühkindliche Betreuung für alle Kinder,
4 unabhängig vom Wohnort oder Einkommen der Eltern. Im Landtagswahlprogramm sollen
5 folgende Schwerpunkte verankert werden:

6 **1. Verlässliche und flexible Betreuung für Familien**

- 7 • **Bedarfsorientierte Öffnungszeiten:** Kitas müssen Öffnungszeiten bieten, die sich
8 an den Lebensrealitäten berufstätiger Eltern orientieren – auch in Randzeiten
9 und bei Schichtarbeit.
- 10 • **Garantierte Betreuungssicherheit:** Kurzfristige Schließungen und Ausfälle wegen
11 Personalmangel müssen verhindert werden. Dazu fördern wir landesweit
12 Vertretungspools und Springerkräfte.
- 13 • **Digitales Platzvergabesystem:** Wir führen ein landesweites, transparentes und
14 digitales System ein, um die Vergabe von Betreuungsplätzen zu vereinfachen und
15 Wartezeiten zu verkürzen.

16 **2. Starke Fachkräfte und bessere Arbeitsbedingungen**

- 17 • **Verbesserung der Fachkraft-Kind-Schlüssel:** Landesweit sollen kindgerechte
18 Betreuungsschlüssel gelten (mindestens 1:3 bei unter Dreijährigen, 1:7,5 bei
19 über Dreijährigen).
- 20 • **Mehr Zeit für pädagogische Arbeit:** Administrative Aufgaben werden durch
21 zusätzliche Verwaltungskräfte übernommen, damit Fachkräfte sich auf die Kinder
22 konzentrieren können.
- 23 • **Ausbau der praxisintegrierten Ausbildung (PiA):** PiA-Plätze werden vergütet und
24 ausgebaut. Quereinstiege werden erleichtert, ohne Abstriche bei der Qualität.
- 25 • **Gesundheitsschutz stärken:** Ein landesweites Programm für Gesundheitsförderung
26 und psychische Entlastung der Kita-Beschäftigten wird etabliert.
- 27 • **Tarifbindung sichern:** Die SPD setzt sich gemeinsam mit den Kommunen für faire
28 Bezahlung und Tarifbindung in allen Betreuungseinrichtungen ein.

29 **3. Kindertagespflege nachhaltig sichern und aufwerten**

- 30 • **Faire Bezahlung:** Einführung eines landesweit einheitlichen Mindeststundensatzes
31 von mindestens 8,50 Euro pro Kind.
- 32 • **Urlaubs- und Krankheitstage absichern:** Analog zu den „TAKKI-Verträgen“ im
33 Landkreis Böblingen sollen landesweite Standards eingeführt werden, die
34 bezahlten Urlaub und Krankheitstage für Tagespflegepersonen garantieren.
- 35 • **Fortzahlung bei Fehlzeiten:** Die Bezahlung der Tagespflegepersonen erfolgt
36 unabhängig von der Anwesenheit der Kinder, um finanzielle Sicherheit zu

37 gewährleisten.

- 38 • **Gleichbehandlung bei der Eingewöhnung:** Der volle Betreuungssatz wird ab dem
39 ersten Tag der Eingewöhnung gezahlt – wie in Kitas üblich.
- 40 • **Ausbau von Vertretungsmodellen:** Vertretungskräfte sollen leichter gefunden und
41 finanziell unterstützt werden, um Ausfälle abzufedern.

Antrag G-01: DER ÖFFENTLICHE GESUNDHEITSDIENST - PERSPEKTIVEN FÜR EINE ERFOLGREICHE ZUKUNFT IN BADEN- WÜRTTEMBERG

Antragsteller*in:	ASG Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit & Pflege

1 Der öffentliche Gesundheitsdienst (kurz ÖGD) nimmt als dritte Säule des
2 Gesundheitswesens - neben der stationären und der ambulanten Versorgung - eine
3 tragende Rolle für ein krisenfestes Gesundheitssystem ein. Der ÖGD hat die Aufgabe,
4 die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und zu fördern. Zu den Kernaufgaben dieser
5 Bevölkerungsmedizin gehören u.a. die Gesundheitsförderung und Prävention, aber auch
6 der Infektions- und umweltbezogene Gesundheitsschutz, die Kinder- und
7 Jugendgesundheit und die Beratung bzw. Information der Bevölkerung - einschließlich
8 sozial benachteiligter Gruppen. Für all diese wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge
9 sind die 38 Gesundheitsämter in Baden-Württemberg (BW) sowie die Kommunalen
10 Gesundheitskonferenzen (KGK) die zentralen Stellen auf der lokalen Ebene.

11 Nicht zuletzt durch die Covid-19 Pandemie wurde deutlich, wie wichtig ein
12 funktionierender ÖGD für die Bevölkerung ist. Denn in dieser Zeit wurden die Defizite
13 des ÖGD besonders deutlich: Die unzureichende personelle und materielle Ausstattung,
14 eine geringe Verzahnung des ÖGD mit Forschung und medizinischer Ausbildung sowie eine
15 unzureichende Digitalisierung.

16 Mit dem Pakt für den ÖGD vom 29. September 2020 hat der Bund den Ländern zusätzliche
17 Finanzmittel zur personellen Stärkung, Modernisierung und Forschung zur Verfügung
18 gestellt. Außerdem wurde der ÖGD in BW neu strukturiert: Das Landesgesundheitsamts
19 wurde zum 1. Januar 2022 in das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration
20 eingegliedert.

21 Gerade in den letzten Jahren wurden positive Entwicklungen in den Gesundheitsämtern
22 angestoßen. Dennoch bleibt noch viel zu tun, um den ÖGD in Baden-Württemberg
23 zukunftssicher aufzustellen:

24 1. Personal - Durch das stetige Wachstum des Aufgabenspektrums des ÖGD ist dieser
25 multiprofessionell aufzustellen, d. h. Personal mit unterschiedlicher
26 Fachexpertise ist einzustellen (Fachpersonal aus der Gesundheitswissenschaft,
27 der Epidemiologie, der Biologie bzw. Virologie, der Medizin und der Pflege). Um
28 die Attraktivität einer Beschäftigung im ÖGD zu erhöhen, ist die Bezahlung aller
29 Berufsgruppen je nach Tarifvertrag zu erhöhen. Das Entgelt im TV-L liegt
30 insbesondere bei den Ärzt*innen für vergleichbare Tätigkeiten etwa in den
31 Sozialversicherungen deutlich unter dem Entgelt anderer Tarifverträge.

32 2. ÖGD im Medizinstudium - Erst durch die Änderung der Approbationsordnung für
33 Ärztinnen und Ärzte (ÄApprO) 2021 wurde der ÖGD in der ärztlichen Ausbildung
34 gestärkt. In BW wurde die Arbeitsgemeinschaft „Lehre Öffentliches
35 Gesundheitswesen im Medizinstudium“ gegründet, um bereits während des Studiums
36 die Fachkräfte von morgen auf den ÖGD als Arbeitsfeld aufmerksam zu machen.
37 Diese Arbeitsgemeinschaft muss gestärkt und verstetigt werden, um die Inhalte

- 38 des ÖGD dauerhaft und intensiviert ins Medizinstudium zu integrieren. Außerdem
39 ist es mittlerweile an sechs Gesundheitsämtern in BW durch das Pilotprojekt
40 „Wahlterial oder -quartal des Praktischen Jahres im Öffentlichen
41 Gesundheitswesen“ möglich, einen Teil des letzten Abschnittes des
42 Medizinstudiums vor Ort in einem Gesundheitsamt zu absolvieren. Dieses
43 Pilotprojekt muss fortgesetzt und ausgeweitet werden, sodass dies in weiteren
44 Gesundheitsämtern ermöglicht wird, um hierüber u.a. das Personal von morgen zu
45 generieren. Zudem müssen einheitliche Standards für den Ablauf eines Wahlterial
46 oder -quartals geschaffen werden, um die Ausbildung der Medizinstudierenden zu
47 vereinheitlichen und wissenschaftlich fundiert umzusetzen. Des Weiteren ist
48 analog zur Landarzt-Quote eine ÖGD-Quote bei den Medizinstudienplätzen in BW
49 einzuführen.
- 50 3. Wissenschaft und Forschung - In den letzten Jahren hat sich in diesem Bereich
51 viel getan. Denn klar ist, nur auf der Basis von Effektivität, Effizienz und
52 Transparenz kann ein evidenzbasierter ÖGD etabliert werden. Hierfür wird in
53 Zukunft jedoch eine gesetzliche Verankerung im ÖGD Gesetz benötigt. Ebenso sind
54 strukturelle und personelle Verbesserungen erforderlich, um einen Datenraum zu
55 generieren, der als Grundlage der Forschung benötigt wird. Um die Sichtbarkeit
56 des ÖGD auch in der universitären Forschung abzubilden, muss das bereits in der
57 Entwicklung stehende Programm "Institute für das Öffentliche Gesundheitswesen in
58 der Universitätsmedizin Baden-Württemberg" mit einer Laufzeit von 2025-2029
59 schnellstmöglich etabliert werden, um endlich eine Professur für den ÖGD in BW
60 zu etablieren.
- 61 4. Digitalisierung - In Folge der Beschlüsse im Pakt für den ÖGD wird momentan im
62 Projekt "Digitalisierung ÖGD BW" eine einheitliche Fachanwendung ÖGDigital für
63 alle Gesundheitsämter in BW entwickelt. Die ersten Fachmodule befinden sich
64 bereits im Rollout. Wir begrüßen ausdrücklich diesen wichtigen Schritt hin zu
65 einer digitalen Vereinheitlichung. Fordern jedoch eine stärkere Einbindung der
66 Personen vor Ort in den Gesundheitsämtern, die die Notwendigkeiten und
67 Fallstricke durch ihre Arbeit vor Ort am besten kennen. Außerdem fordern wir die
68 Etablierung unterschiedlicher Schnittstellen (z.B. mit Enaio) an die neue
69 Fachanwendung, sodass durch eine funktionierende Digitalisierung eine
70 effektivere Arbeit in den Gesundheitsämtern ermöglicht wird.
- 71 5. Kommunale Gesundheitskonferenzen - Die KGK sind nach Landesgesundheitsgesetz
72 zwar verpflichtend und alle Stadt- und Landkreise setzen dies auch um. Aber es
73 gibt keine genaueren Vorgaben für die Ausführung. Dadurch ist die Qualität und
74 Quantität der KGK sehr unterschiedlich. Die KGK sollten interdisziplinär
75 gestaltet werden. Wir fordern deshalb eine gesetzliche Verankerung zur genauen
76 Gestaltung der KGK samt Qualitätskriterien und Sicherung der Finanzierung.
- 77 6. Finanzierung - Große Sorgen bestehen bei der Finanzierung der Gesundheitsämter.
78 Zwar wurden in BW gesperrte Mittel für die Umsetzung des Pakts für den ÖGD von
79 der Landesregierung freigegeben. Die Finanzsituation der Städte und Landkreise
80 in BW ist allerdings sehr angespannt. Das hat auch direkte Auswirkungen auf den
81 ÖGD, beispielsweise durch Projektkürzungen und Personalabbau. Genau dies ist
82 jedoch Gift für einen zukunftssicheren ÖGD in Baden-Württemberg! Wir fordern
83 deshalb von der Landesregierung eine Anschlussfinanzierung für den ÖGD in BW,

84 falls die Bundesmittel des Paktes für den ÖGD nach 2026 wie geplant auslaufen.

Antrag G-04: Einsamkeit bekämpfen – Begegnung fördern, Zusammenhalt stärken

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Schwarzwald-Baar
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit & Pflege

- 1 Einsamkeit gehört zu den größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Wir fordern
2 deshalb
- 3 1. Aufstockung der Fördermittel: Der bestehende Fördertopf für Projekte gegen
4 Vereinsamung wird fortgeführt und mit einem höheren Etat ausgestattet, um mehr
5 Initiativen und eine längere Laufzeit zu ermöglichen. Ein fester Betrag wird in
6 die folgenden Haushalte eingepreist.
- 7 2. Langfristigkeit sichern: Förderungen sollen nicht nur kurzfristig, sondern auf
8 dauerhafte Wirksamkeit ausgelegt werden. Projekte brauchen Planungssicherheit,
9 um nachhaltig wirken zu können.
- 10 3. Quartiersprojekte fördern: Besonders geeignet sind niedrigschwellige
11 Quartiersprojekte, wie etwa ehrenamtlich betriebene Quartierscafés in Räumen der
12 Kommunen, die generationenübergreifend Begegnung und Teilhabe ermöglichen.
- 13 4. Offenheit für neue Ansätze: Die Förderstruktur muss bewusst offen bleiben, um
14 kreative neue Projektideen zuzulassen – sei es sportlich, kulturell,
15 kulinarisch, politisch oder kreativ.
- 16 5. Breite Trägerschaft: Kommunen, Kirchen, Vereine und Organisationen der
17 Zivilgesellschaft sollen weiterhin zentrale Träger der Projekte sein. Der Staat
18 unterstützt, aber die Umsetzung lebt vom Engagement vor Ort.
- 19 Ziel ist es, mit einer verstärkten Förderung und einer nachhaltigen Ausrichtung,
20 Vereinsamung wirksam zu bekämpfen. Wir schaffen Begegnungsorte, fördern Zusammenhalt
21 und stellen sicher, dass niemand „weder jung noch alt“ in unserer Gesellschaft
22 ausgeschlossen wird.

Antrag MI-01: #DankeMAMA | Eine für alle - migrantische Mütter verstehen, schützen und unterstützen

Antragsteller*in:	AG Migration und Vielfalt Baden-Württemberg
Status:	Sonstiges Annahme Z. 1-81 und Z. 113-177; Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion Z. 85-112
Sachgebiet:	MI - Migration & Integration

1 Unsere sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat den Anspruch, eine Gesellschaft zu
2 gestalten, die Vielfalt lebt und feiert. Eine Gesellschaft, die Raum für Unterschiede
3 gibt und Gemeinsamkeiten hervorhebt. Eine Gesellschaft, die **solidarisch** lebt - vor
4 allem mit den vermeintlich Schwächsten.

5 Deshalb möchten wir mit diesem Antrag einen **Grundsatz** in die sozialdemokratische
6 Politik einführen, der uns erlaubt, eine Zielgruppe unseres Handelns klar zu benennen
7 und mit Politik für diese Zielgruppe gleichzeitig alle mitzudenken.

8 **Migrantische Mütter** sind eine der am häufigsten von Armut gefährdete und betroffene
9 Bevölkerungsgruppe in unserem Land. Das gilt vor allem für Alleinerziehende. Politik
10 für diese Frauen zu machen heißt auch, Politik für Kinder und Jugendliche zu machen.
11 Es heißt, Politik für den sozialen Aufstieg und soziale Absicherung zu machen. Es
12 heißt schlichtweg, Politik zu machen, die der Sozialdemokratie würdig ist und die
13 harte Realität dieser Frauen ernst nimmt.

14 Die Dimensionen dieser Aufgabe sind unendlich. Kinderbetreuung, Bildungsangebote,
15 finanzielle Unterstützung und schlichtweg Sicherheit sind nur einige der vielen,
16 riesigen Überschriften, die wir diskutieren wollen. Die wir diskutieren müssen.

17 **Deshalb fordern wir endlich Anerkennung für die Lebensleistung dieser Frauen.**
18 **Gesellschaftlich, politisch und finanziell.**

19 **GESELLSCHAFTLICHE ANERKENNUNG**

20 Wir haben als Gesellschaft verlernt, Solidarität zu leben. Wir haben verlernt, was es
21 heißt, eine Community, ein Dorf oder eine Gemeinde zu sein. Und darunter leiden vor
22 allem migrantische Mütter, die den Anschluss nur schwer finden und denen damit
23 wertvolle Netzwerke und Unterstützung vorenthalten wird.

24 Deshalb setzen wir uns als SPD klar für mehr Vereinskultur vor allem in kleinen
25 Gemeinden ein. Das beinhaltet sowohl die finanzielle als auch die infrastrukturelle
26 Förderung von Vereinen. Hierbei ist es uns besonders wichtig, dass Vereine, die
27 Bildungsarbeit oder Betreuungsleistungen für Kinder anbieten, diese Förderung
28 erhalten und die Mitwirkung offensiv beworben wird. Mitgliedsbeiträge für Kinder
29 sollten vom Land hürdenlos gefördert werden, denn Vereine sind auf diese Beiträge
30 angewiesen - für viele migrantische Mütter stellen sie aber eine unüberwindbare Hürde
31 dar.

32 Des Weiteren möchten wir Kommunen dazu aufrufen, Informationsformate für migrantische
33 Mütter zu schaffen und sich damit auseinanderzusetzen, wie diese Zielgruppe
34 bestmöglich erreicht werden kann. Ein Leitfaden aus dem Land kann dabei erste
35 Schritte erleichtern und Vernetzungsmöglichkeiten schaffen.

36 Die baden-württembergische Zivilbevölkerung lebt viele dieser Punkte bereits vor:
37 Integrationsvereine und Initiativen zeigen sich in vielen Orten als Schlüsselfigur

38 für die Kommunikation zwischen der migrantischen Community und der Gemeinde. Diese
39 Erfahrung müssen wir nutzen, um schnell und effektiv neue Wege des Zusammenlebens und
40 der Inklusion zu schaffen.

41 Unsere Schulen sind dabei ebenfalls in der Pflicht, sich als Dreh und Angelpunkt von
42 Integrationsarbeit zu verstehen. Dabei geht es explizit um die Einbindung
43 migrantischer Mütter. Wir möchten deshalb anstoßen, dass neben allen
44 bildungspolitischen Maßnahmen, die dieses Land mehr als dringend benötigt,
45 sprachliche Bildungsangebote für migrantische Mütter geöffnet werden, da diese
46 ohnehin den Großteil der Care-Arbeit in ihren Familien verrichten und terminlich an
47 ihre Kinder gebunden sind.

48 Nicht zuletzt müssen wir anerkennen, dass migrantische Mütter nicht sicher sind. Sie
49 sind nicht sicher vor häuslicher Gewalt und sie sind nicht sicher im öffentlichen
50 Raum. Eine besondere Sensibilisierung unserer eigenen Zivilcourage aber auch der
51 allgemeinen Sicherheitspolitik ist deshalb nötig, um Gefahrensituationen dieser und
52 vieler ähnlicher oder verknüpfter Bevölkerungsgruppen zu vermeiden. Migrantische
53 Kinder sind ein unmittelbarer Teil dieser Problematik. Auch sie sind Opfer von
54 Angriffen, verbaler und physischer Gewalt, die wir gesellschaftlich verhindern oder
55 verringern könnten. Unsere Schulhöfe müssen gewaltfrei werden.

56 **POLITISCHE ANERKENNUNG**

57 Wir müssen anerkennen, dass es strukturelle Unterstützung für migrantische Mütter
58 braucht, die ihnen endlich einen Weg eröffnet, der nicht mehr doppelt so hügelig,
59 kurvig und schwer ist, wie der anderer Menschen. Wir müssen anerkennen, dass sie
60 besondere Bedürfnisse in der Kinderbetreuung, hohe Erwartungen an das Bildungssystem
61 und Ansprüche auf diskriminierungsfreie Wohn- und Arbeitsmärkte haben. All das sind
62 Rahmenbedingungen, die, wenn wir sie politisch auf diese Menschengruppe münzen, allen
63 helfen. All das sind politische Richtungsentscheidungen, von denen wir als Land nur
64 profitieren können und die komplexe Probleme angreifen. Die Motivation, diese
65 Entscheidungen entlang der Bedürfnisse migrantischer Mütter zu treffen, ist nicht nur
66 moralisch und emotional dringend nötig, sondern auch strategisch sinnvoll.

67 Das ist ein Grundsatz, dem wir uns als Partei verpflichten sollen - aber auch eine
68 Leitlinie, die auf andere Zielgruppen der Sozialdemokratie anwendbar sind. Wir als
69 SPD müssen endlich die Zielgruppe unserer Politik klar benennen, statt Arme gegen
70 Arme auszuspielen. Migrantische Mütter stehen im Zentrum unserer Politik, weil wir
71 mit unserer Politik Einfluss auf ihren Alltag nehmen - positiv wie negativ.

72 Deshalb muss die SPD Baden-Württemberg neben einer allgemeinen Kampagne zur
73 Mitgliederwerbung eine Definition unserer Zielgruppen vornehmen und diese auch für
74 das politische Ehrenamt gezielt ansprechen. Nur wer weiß, wo Politik gemacht wird,
75 kann sich überhaupt Gehör verschaffen.

76 Dies gilt aber auch und vor allem für den kommenden Landtagswahlkampf 2026.
77 Baden-Württemberg ist enorm geprägt durch seine vielfältige Gesellschaft und seine
78 diversen migrantischen Communities. Das ist in jeder Schule, in jedem Verein, in
79 jedem Betrieb sichtbar. Diese Menschen dürfen wählen - genauso wie reiche Deutsche
80 mit Einfamilienhäusern. Deshalb ist es an der Zeit, Kampagnen für die vielen und
81 nicht die wenigen zu machen. Wir fordern eine entsprechend vielfältige Kampagne und
82 Informationsmaterial für die Wahlkämpfenden, das auf unterschiedliche Zielgruppen und

83 Gesprächspartner*innen an den Haustüren und Infoständen unseres Landes anwendbar
84 sind.

85 **FINANZIELLE ANERKENNUNG**

86 Kinderarmut in Deutschland hängt allem voraus mit der Armut von Eltern, vorwiegend
87 mit der Armut von Müttern zusammen. Frauen übernehmen in Familien mit und ohne Kinder
88 die überwältigende Mehrheit der Sorgearbeit. Mütter verlieren Chancen und Anerkennung
89 am Arbeitsmarkt durch das Kinderkriegen – Väter profitieren davon oder bemerken es
90 kaum. All das sind Stellschrauben, die wir aus feministischer Sicht ohnehin verändern
91 müssen. Deshalb müssen wir nicht nur andauernd neue Boni und Anrechnungsverfahren in
92 der Rente einfordern, sondern schon viel früher ansetzen.

93 Müttern muss die Partizipation am Arbeitsmarkt möglich sein – das geht in vielen
94 Situationen nicht für 40 Stunden pro Woche. Dennoch sind Frauen und vor allem Mütter
95 erwiesenermaßen gute Führungspersonen. Flächendeckende Möglichkeiten auf 30- bis 35-
96 Stunden-Wochen schaffen eine Arbeitsmarktkultur, die modern und durchlässig nach oben
97 ist. Eine moderne Gesellschaft braucht effiziente und flexible Arbeitsmodelle. Der
98 Mindestlohn muss sich künftig daran orientieren, inwiefern alleinerziehende Mütter
99 damit eine Familie versorgen können. Drei oder vier Jobs nebeneinander zu erledigen
100 und darüber hinaus noch Vollzeit-Mutter zu sein ist niemandem zuzumuten. Wohngeld und
101 andere Sozialleistungen müssen in ihrer Berechnung Diskriminierungsformen wie
102 Rassismus und Sexismus berücksichtigen. Sozialer Wohnungsbau in Baden-Württemberg
103 muss sich an der Lebensrealität migrantischer alleinerziehender Mütter messen lassen,
104 sowohl architektonisch als auch budgetär. Migrantische Mütter müssen finanzielle und
105 strukturelle Förderung erhalten. Und sie dürfen keinen Cent für Kinderbetreuung und
106 frühkindliche Bildung zahlen.

107 Außerdem muss das Land endlich flächendeckend Ausbildungs- und Studierendenwohnheime
108 fördern, die es migrantischen Kindern erlauben, ihren Bildungsweg anhand ihrer
109 Interessen und Kompetenzen zu wählen - nicht anhand des Ausbildungsgehaltes. Das
110 Schüler-BAföG muss auch vom Land an Schulen beworben werden, genauso wie Stipendien
111 und andere Möglichkeiten auf finanzielle Förderungen. Oft scheitert es nicht an den
112 Fördermöglichkeiten, sondern am Informationsstand.

113 **#DankeMAMA**

114 Zusammenfassend fordern wir einen Fokus auf die vermeintlich Schwächsten in unserer
115 Gesellschaft, die täglich beweisen, dass sie unheimlich stark sind. Wir verschreiben
116 uns als SPD Baden-Württemberg einer Sozialdemokratie, die stolz darauf ist, für wen
117 sie Politik macht.

Antrag IR-07: Schluss mit systematischer Steuerhinterziehung

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Rottweil
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen & Recht

1 Um eine effektive und flächendeckende Kontrolle der Steuerehrlichkeit zu erreichen,
2 fordern wir eine Erhöhung der Zahl der Steuerfahnder bei Land und Bund sowie bei der
3 (länderübergreifenden) Task Force. Außerdem muss die Digitalisierung auch hier weiter
4 voranschreiten. Aktuelle Software muss die Beamt*innen entlasten.

5 Die SPD Baden-Württemberg fordert:

- 6 • Eine Task Force Steuerbetrug: Sofortige Einrichtung einer schlagkräftigen
7 Einheit aus Steuerfahndern, IT-Experten und Juristen zur Aufarbeitung von
8 Steuerbetrugsfällen gegebenenfalls durch personelle Umschichtung.
- 9 • Sofortige Anordnung der besseren Zusammenarbeit der mit Steuervergehen
10 beauftragten Behörden und Mitarbeitenden (Finanzaufsicht Bafin, Bundeszentralamt
11 für Steuern, beim Bundesfinanzministerium angesiedelte Betriebsprüfende,
12 Landesfinanzbehörden...)
- 13 • Unverzügliche Rückforderung zu Unrecht erstatteter Steuern, konsequente Haftung
14 der beteiligten Banken, Finanzdienstleister und handelnden Personen.
- 15 • Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit Sonderermittlerstatus:
16 Berufung geschulter Sonderermittler mit umfassenden Kompetenzen.
- 17 • Gesetzesreformen zur Präzisierung des wirtschaftlichen Eigentums, explizites
18 Verbot der mehrfachen Steueranrechnung, Verschärfung der Haftung für Banken.
- 19 • Verlängerung der Verjährungsfristen bei schweren Steuerdelikten.
- 20 • Meldepflichten einführen in Form eines Echtzeit-Meldesystems für verdächtige
21 Kapitaltransaktionen.

Antrag WI-03: Fair(e) Steuern: gerecht verteilen – Zukunft sichern

Antragsteller*in:	AfA Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

- 1 Unser Ziel ist klar: wir wollen 95 Prozent der Menschen entlasten und die reichsten 5
- 2 Prozent stärker beteiligen. Große Vermögen sollen ihren fairen Beitrag leisten, damit
- 3 der Staat für alle in Zukunftsinvestitionen wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur
- 4 und Klimaschutz investieren kann. Daher setzt sich die SPD für eine gerechtere
- 5 Steuerpolitik ein.

Antrag UV-01: „Soziale Klimagerechtigkeit sichern – Energiewende fair gestalten“

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Ortenau
Status:	angenommen
Sachgebiet:	UV - Umwelt & Verkehr

- 1 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass die Energiewende nicht nur
2 ökologisch wirksam, sondern auch sozial gerecht ausgestaltet wird. Dazu fordern wir:
- 3 1. Faire Rückverteilung der CO₂-Einnahmen
4 Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung müssen zielgerichtet an Bürger*innen zurückgegeben
5 werden, vorrangig an Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen.
6 Rückerstattungen erfolgen sozial gestaffelt nach dem Prinzip: Starke Schultern tragen
7 mehr, schwache weniger.
- 8 2. Energiearmut verhindern
9 Landes- und Bundesprogramme sollen einkommensschwache Haushalte gezielt bei
10 Gebäudesanierungen, Heizungsumstellungen und Energiekosten entlasten.
11 Förderungen müssen so gestaltet werden, dass auch Mieterinnen profitieren und nicht
12 nur Eigentümerinnen.
- 13 3. Vorausschauende Planung statt Nachsteuern
14 Politische Rahmenbedingungen müssen verhindern, dass klimaschädliche Produkte (z. B.
15 SUVs) Massenware werden.
16 Investitionen in einen zuverlässigen Bahn- und Nahverkehr haben Vorrang, damit
17 klimafreundliche Alternativen real nutzbar sind.
- 18 4. Globale Verantwortung übernehmen
19 Baden-Württemberg soll sich auf Bundesebene für verbindliche internationale Abkommen
20 einsetzen, die Klimaschutz mit sozialen Ausgleichsmechanismen kombinieren.
21 Länder des Globalen Südens, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, aber am
22 stärksten betroffen sind, müssen stärker unterstützt werden.

Antrag PO-02: Barrierefreiheit in den Räumen und Veranstaltungen der SPD

Antragsteller*in:	AG Selbst Aktiv Baden-Württemberg
Status:	Sonstiges Nr. 1 - Annahme; Nr. 2 - Überweisung an den SPD-Landesvorstand
Sachgebiet:	PO - Partei & Organisation

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 1. Der SPD-Landesverband Baden-Württemberg wird beauftragt zu erheben, wie
- 3 barrierefrei die Räumlichkeiten und Geschäftsstellen des Landesverbands, der
- 4 Ortsvereine und Kreisverbände sind.
- 5 2. Der Landesverband beauftragt eine hauptamtliche Kraft mit einem bestimmten
- 6 Budget an Stunden,
- 7
 - eine Übersicht über den Stand der Barrierefreiheit zu erstellen,
 - 8 • die Kreisverbände aktiv bei der Organisation barrierefreier Veranstaltungen
 - 9 und Sitzungen zu unterstützen.

Antrag PO-03: Offizielle Texte in Einfacher Sprache

Antragsteller*in:	AG Selbst Aktiv Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Sachgebiet:	PO - Partei & Organisation

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 1. Der SPD-Landesverband Baden-Württemberg wird aufgefordert, offizielle Texte, die
- 3 sich an Parteimitglieder richten, **nach Möglichkeit in Einfacher Sprache** zu
- 4 veröffentlichen.
- 5 2. Dies gilt ebenso für Veröffentlichungen, die sich an die allgemeine
- 6 Öffentlichkeit richten – zum Beispiel Broschüren, Informationsmaterialien,
- 7 Studien oder Positionspapiere.
- 8 3. Ziel ist es, möglichst viele Menschen zu erreichen und allen einen
- 9 gleichberechtigten Zugang zu politischen Informationen zu ermöglichen.

Antrag INI-01: Mit Sicherheit für bunte Innenstädte

Antragsteller*in:	AG Migration und Vielfalt Baden-Württemberg, SPDqueer Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge & Resolutionen

1 Unser Stadtbild ist vielfältig, inklusiv und bunt. Wir treten dafür an, diese
2 Unterschiedlichkeit zu bewahren, sie zu verteidigen und wertzuschätzen. Alle Menschen
3 in diesem Land haben das gleiche Recht auf eine sichere und belebte Stadt, auf
4 Rechtsstaatlichkeit, aber auch auf Akzeptanz, Wertschätzung und Würde.

5 Im Gegenzug steht es niemandem, auch nicht dem Bundeskanzler, zu, zu urteilen wer
6 Teil eines Stadtbilds sein darf oder nicht. Das Amt beauftragt ihn regelrecht dazu,
7 seinem Amtseid entsprechend die Rechte des Grundgesetzes zu wahren. Dies schließt
8 ausnahmslos alle Menschen im Land ein. Die migrantische und die queere Community
9 genauso wie Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderung. Der Bundeskanzler der
10 Bundesrepublik muss unser aller Bundeskanzler sein.

11 Wir lehnen die rassistische Problematisierung der deutschen Stadtbilder durch den
12 Bundeskanzler mit aller Vehemenz ab und weisen die damit einhergehenden
13 Unterstellungen scharf zurück: Frauen und queere Menschen sind in der Öffentlichkeit
14 gefährdet. Aber nicht aufgrund der Herkunft von Tätern, sondern aufgrund des
15 Menschenbildes mancher Männer.

16 Die aktuell veröffentlichte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Studie zeigt nämlich
17 ebenso klar: Menschen mit Migrationshintergrund, People of Colour, sind zunehmend
18 gefährdet, in einem Land, das steigende Zahlen bei rechtsextremen Straftaten
19 verzeichnet.

20 Wir sitzen in einem Boot - das ist für uns als Sozialdemokrat*innen klar. Solidarität
21 gilt für alle Minderheiten und alle von Diskriminierung betroffenen Menschen in
22 unserer Gesellschaft. Sicherheit muss für jeden in unserer Gesellschaft gewährleistet
23 sein. Gleichzeitig erwarten wir von allen Ebenen unserer Partei, im Bund und auch in
24 den Ländern, dass sie sich schnell, klar und unmissverständlich gegen rassistische
25 Äußerungen und vor den Menschen mit Migrationshintergrund stellen. Das sind wir
26 unseren Werten und den Menschen, die in unserem Land leben, schuldig.

27 Und wir stellen klar: Deutschland ist seit Jahrhunderten ein Einwanderungsland. Und
28 immer wieder in seiner demokratischen Geschichte auf Einwanderung angewiesen gewesen
29 – heute mehr denn je. Nicht zuletzt, um grundlegende Prozesse unseres Zusammenlebens
30 zu sichern. Vielfalt ist eine Bereicherung und wir verlangen, dass der Bundeskanzler
31 dieses Einwanderungslandes genau das kommuniziert. Präzise und sensibel.

32 Ohne Migrant*innen wäre unser Land nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder so schnell
33 (wenn überhaupt) wieder aufgebaut worden. Ohne Migrant*innen würden ganze Branchen
34 keine Arbeitskräfte mehr haben. Von Fabrikmitarbeiter*innen, über Handwerksberufen,
35 bis hin zu Ärzten und Pflegepersonen. Ohne Migrant*innen wäre dieses Land
36 wirtschaftlich und kulturell deutlich ärmer und würde schlichtweg zusammenbrechen.

37 Unser Land braucht gerade jede helfende Hand und mehr Solidarität denn je - was wir
38 nicht brauchen, ist ein Bundeskanzler, der spaltet und hetzt!